

Zitierhinweis

Müller, Uwe: Rezension über: Daniel Benedikt Stienen, Verkauftes Vaterland. Die moralische Ökonomie des Bodenmarktes im östlichen Preußen 1886–1914, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO), 74 (2025), 4, S. 644-645, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/dec532ca573949bf6157aa6c405229d>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

schreibt, die sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa flexibel an verschiedene politische und ideologische Rahmenbedingungen anpassen konnte.

Sopron

Tamás Székely

Daniel Benedikt Stienen: Verkauftes Vaterland. Die moralische Ökonomie des Bodenmarktes im östlichen Preußen 1886–1914. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 243.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2022. 356 S. ISBN 978-3-525-36765-0. (€ 70,–.)

Die preußische Polenpolitik und die Entwicklung der polnischen Nationalbewegung in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs waren schon häufig Forschungsgegenstände der deutschen und polnischen Historiografie. Neben Kultur und Bildung spielte die Wirtschaft eine zentrale Rolle im „Nationalitätenkampf“, was sich besonders im Konzept der „organischen Arbeit“ (*praca organiczna*) sowie in der Tätigkeit der 1886 gegründeten Königlich Preussischen Ansiedlungskommission niederschlug. Daniel Benedikt Stienen hat mit dem auf seiner Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin beruhenden Buch über den Bodenmarkt in den polnischen Provinzen Preußens neue Perspektiven auf den „Kampf um den Boden“ eröffnet und damit einige ältere Narrative aus den beiden Nationalgeschichtsschreibungen zurückgewiesen oder doch zumindest relativiert. Dies gilt etwa für die Thesen von einer kontinuierlich repressiver werdenden „Germanisierungspolitik“, die trotz großer finanzieller Aufwendungen am Widerstand der polnischen Nationalbewegung und/oder am Egoismus der preußischen Junker gescheitert sei.

Im ersten Kapitel stehen die Tätigkeit der Ansiedlungskommission von ihrer Gründung im Jahre 1886 bis 1898 sowie die Reaktionen der polnischen und deutschen Großgrundbesitzer im Mittelpunkt. St. betont, dass die Kommission ursprünglich ein ethno-demografisches Ziel verfolgt und versucht habe, durch den Ankauf von polnischem Großgrundbesitz, dessen Parzellierung in sog. Rentengüter und deren Vergabe an deutsche „Siedler“ das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den „Nationalitäten“ zugunsten der Deutschen zu verschieben. Den geringen Erfolg dieser Bemühungen erklärt St. mit den Mechanismen einer „moralischen Ökonomie“, in der das Handeln der Wirtschaftssubjekte nicht (vorrangig) auf individuelle Nutzenmaximierung ausgerichtet war. Diese sei durch die Herausbildung einer sozialen Norm in der polnischen Gemeinschaft, die jeden Verkauf an die Ansiedlungskommission als Verrat an der Nation brandmarkte, entstanden. Die diskursive Konstituierung dieser Norm und der Androhung von Sanktionen, die sich nicht nur gegen die letztlich sogar in einem Schwarzbuch namentlich aufgeführten „nationalen Verräter“ selbst, sondern auch gegen Landsleute richtete, die deren Verhalten entschuldigten oder diese nicht konsequent ausgrenzten, wird insbesondere durch eine Analyse der einschlägigen Presse sehr anschaulich dargestellt. St. erklärt außerdem, warum aus den „invektiven Diskursen“ (S. 145–152) der deutschsprachigen Öffentlichkeit keine wirkungsvolle moralische Ökonomie entstand. Dennoch hat die Ansiedlungskommission trotz der nach einem Höhepunkt im Jahre 1887 kontinuierlichen Verringerung des Umfangs der angekauften Fläche (S. 128) an ihren grundlegenden Geschäftsprinzipien festgehalten, indem sie in einigen Fällen polnische Angebote abgelehnt hat, wenn diese zu teuer oder die Güter nur schwer zu parzellieren waren. Auch den reichlich vorhandenen Gesuchen deutscher Großgrundbesitzer um Ankauf ihrer Güter ist die Kommission nur in Ausnahmefällen nachgekommen.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Phase der „Zuspitzung“ zwischen 1898 und 1909. Neben der Aufstockung des Ansiedlungsfonds hat der preußische Staat in diesem Zeitraum das Ziel und die wichtigsten Instrumente seiner Bodenpolitik grundlegend geändert. War diese bis dahin eher ein Mittel der an ethnischen Kriterien ausgerichteten Bevölkerungspolitik gewesen, stand nun die Etablierung staatlicher Verfügungsgewalt über einen möglichst großen Teil des landwirtschaftlichen Bodens im Mittelpunkt. Dazu dienten die Erweiterung der staatlichen Domänen und Forsten sowie vor allem die Durchführung

von sog. Besitzfestigungen. Dabei wurden mit Hilfe speziell zu diesem Zweck gegründeter Finanzinstitute, wie der Deutschen Mittelstandskasse und der Deutschen Bauernbank, Umschuldungen durchgeführt, die die wirtschaftliche Lage deutscher Bauernfamilien deutlich verbesserten, jedoch gleichzeitig deren private Verfügungsrechte durch die Einführung staatlicher Vorkaufsrechte einschränkten, um den Übergang des Bodens in polnische Hände zu verhindern. Hinzu kamen gesetzliche Vorschriften, wie das Siedlungsgesetz von 1904, das die Tätigkeit der Parzellierungsgenossenschaften reglementierte und damit die polnische Siedlungstätigkeit stark behinderte, sowie das Enteignungsgesetz von 1908, das allerdings lediglich hitzige Debatten auslöste, da es nur in vier Fällen tatsächlich angewandt wurde.

Es ist eine große Stärke des Buches, dass St. die genannten Änderungen der Politik ebenso prägnant beschreibt wie die Forderungen und Reaktionen der wirtschaftlichen Akteure und politischen Eliten beider ethnischer Gruppen. Für Letzteres erweist sich der Analyserahmen der „moralischen Ökonomie“ als durchaus geeignet. Für die Erklärung staatlicher Wirtschaftspolitik, die ja regelmäßig auch außerökonomische Ziele verfolgt, gilt das hingegen nicht. Die Herausbildung eines bei der Verfolgung seiner wirtschaftsnationalistischen Ziele zunehmend auf rechtliche Eingriffe setzenden Interventionsstaates kann man aber wohl eher als Reaktion auf die Dysfunktionalität der „moralischen Ökonomie“ interpretieren (S. 248). Auf diese Weise lässt sich auch die Übernahme von Zielen und Instrumenten der preußischen Bodenpolitik durch den polnischen Staat der Nachkriegszeit und wahrscheinlich auch – auf dieses Forschungsdesiderat weist St. zu Recht hin – durch andere ostmitteleuropäische Länder erklären.

Angesichts des komplexen Themas ist es unmöglich, alle seine Facetten einigermaßen gleichgewichtig in den Blick zu nehmen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bodenpolitik, die sich etwa in der Arbeits- oder Bodenproduktivität niederschlugen, werden nicht behandelt. Mehr Aufmerksamkeit hätten auch die Gründe für eine stärkere Förderung des (deutschen) kleinen und mittleren Grundbesitzes verdient gehabt. Hier ging es eben nicht nur um (nationalistische) Bevölkerungs- und Sozialpolitik, die man eventuell auch unter Zuhilfenahme des Konzeptes der „moralischen Ökonomie“ diskutieren könnte, sondern auch um agrarökonomische Überlegungen. Angesichts der im Untersuchungszeitraum deutlich zunehmenden globalen Konkurrenz für Getreide produzierende Großbetriebe war die Schaffung intensiv wirtschaftender, flexiblerer und letztlich auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht resilienterer Bauernwirtschaften eine auch unter ökonomischen Gesichtspunkten rationale Entscheidung. Hinzu kamen die nationalliberalen Bestrebungen, die Macht der Konservativen in den ländlichen Regionen durch innere Kolonisation zu verringern.

Resümierend bleibt jedoch festzuhalten, dass St. eine auf breiter und vielfältiger Quellenbasis beruhende, sehr gut strukturierte und lesbare Darstellung der preußischen Bodenpolitik in den ostelbischen Landesteilen vorgelegt hat, die im Gegensatz zu früheren Arbeiten über die engere Tätigkeit der Ansiedlungskommission in den Provinzen Posen und Westpreußen hinausgeht. Überdies gelingt es ihm auch durchweg, seine Forschungsergebnisse sowohl auf die älteren Nationalgeschichtsschreibungen als auch auf neuere Trends der Historiografie zu beziehen – etwa, wenn er vor einer Überdehnung des Kolonialismus-Begriffes warnt, die dazu führen könne, dass alle möglichen Formen kultureller Superioritätsdiskurse als „kolonial“ qualifiziert werden (S. 17).

Leipzig

Uwe Müller